

Niederschrift
der 01. Sitzung der Bürgerschaft

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 26.06.2014
Beginn: 14:00 Uhr
Ende 17:20 Uhr
Raum: Löwenscher Saal Hansestadt Stralsund, Rathaus

Anwesend:

Mitglieder

Herr Michael Adomeit
Herr Dirk Arendt
Frau Ute Bartel
Herr Stefan Bauschke
Herr Manfred Butter
Frau Dr. Heike Carstensen
Frau Kerstin Chill
Frau Friederike Fechner
Herr Thomas Haack
Herr Maik Hofmann
Herr Harald Ihlo
Herr Uwe Jungnickel
Frau Anett Kindler
Frau Andrea Kühl
Herr Matthias Laack
Herr Hendrik Lastovka
Frau Susanne Lewing
Herr Thomas Lewing
Herr Detlef Lindner
Herr Christian Meier
Herr André Meißner
Frau Claudia Müller
Herr Peter Paul
Herr Michael Philippen
Herr Thoralf Pieper
Herr Marc Quintana Schmidt
Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Christian Ramlow
Herr Niklas Rickmann
Herr Gerd Riedel
Herr Thomas Schulz
Herr Maximilian Schwarz
Herr Friedrich Smyra
Frau Dr. med. Annelore Stahlberg
Frau Sonja Steffen
Herr Jürgen Suhr
Herr Gerd Tiede
Herr Peter van Slooten
Frau Ann Christin von Allwörden
Herr Dr. Arnold von Bosse
Herr Hans-Walter Westphal

Tagesordnung:

- 1** Begrüßung durch den bisherigen Präsidenten
- 2** Eröffnung der Sitzung;
Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung;
Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3** Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 4** Beschlussfassung über die Tagesordnung und Eintritt in die Tagesordnung
- 5** Bekanntgabe des Wahlergebnisses
- 6** Mitteilung durch den Sitzungsleiter (ältestes Bürgerschaftsmitglied) zur Bildung von Fraktionen
- 7** Anträge
 - 7.1** Wahl der Präsidentin/ des Präsidenten der Bürgerschaft
 - 7.1.1** Verpflichtung der Präsidentin/ des Präsidenten
 - 7.1.2** Verpflichtung der Bürgerschaftsmitglieder
 - 7.2** Sachanträge zur Änderung der Hauptsatzung
 - 7.2.1** Sachantrag
zur 4. Änderungssatzung zur Hauptsatzung
Einreicher: SPD-Fraktion
 - 7.2.2** Sachantrag zur Änderung der Hauptsatzung
Einreicher: CDU-Fraktion
 - 7.3** Wahl des 1. Stellvertreters der Präsidentin/ des Präsidenten der Bürgerschaft
 - 7.4** Wahl des 2. Stellvertreters der Präsidentin/ des Präsidenten der Bürgerschaft
 - 7.5** Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums
 - 7.6** Änderung der Hauptsatzung/ Geschäftsordnung
 - 7.6.1** Sachantrag
zur Änderung der Hauptsatzung
Einreicher: Bündnis 90/ Die Grünen
 - 7.6.2** Sachantrag
zur 3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung
Einreicher: SPD-Fraktion

- 7.6.2.1 Änderung der Hauptsatzung
- 7.6.3 Sachantrag
zur 5. Änderungssatzung zur Hauptsatzung
Einreicher: SPD-Fraktion
- 7.6.4 Sachantrag
zur Änderung der Hauptsatzung
Einreicher: Fraktion BfS
- 7.6.5 Sachantrag
zur Änderung der Geschäftsordnung
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
- 7.7 Wahl des Prüfungsausschusses
- 7.7.1 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Wahlprüfungsausschusses
- 7.8 Wahl des Hauptausschusses
- 7.8.1 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Hauptausschusses
- 7.9 Wahl des Ausschusses für Finanzen und Vergabe
- 7.9.1 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Finanzen und Vergabe
- 7.10 Wahl des Ausschusses für Wirtschaft und Gesellschafteraufgaben
- 7.10.1 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Wirtschaft und Gesellschafteraufgaben
- 7.11 Wahl des Ausschusses für Bau, Umwelt, Ordnung und Stadtentwicklung
- 7.11.1 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Bau, Umwelt, Ordnung und Stadtentwicklung
- 7.12 Wahl des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport
- 7.12.1 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport
- 7.13 Wahl des Ausschusses für Familie und Gleichstellung
- 7.13.1 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Familie und Gleichstellung
- 7.14 Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses
- 7.14.1 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Rechnungsprüfungsausschusses

- 7.15** Wahl des Stadtkleingartenausschusses
- 7.15.1** Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Stadtkleingartenausschusses
- 7.16** Wahl des Betriebsausschusses
- 7.16.1** Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Betriebsausschusses
- 7.17** Wahl des Ausschusses für Patientenangelegenheiten
- 7.17.1** Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Patientenangelegenheiten
- 7.18** Wahl des Ausschusses für Jugendarbeit
- 7.18.1** Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Jugendarbeit
- 7.19** Wahl für die Verbandsversammlung des Studieninstitutes für kommunale Verwaltung Vorpommern
- 7.19.1** Wahl des weiteren Vertretes und Stellvertreters für die Verbandsversammlung
- 7.20** Wahl für die Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Vorpommern
- 7.20.1** Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter für die Verbandsversammlung
- 7.20.2** Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Planungsausschusses
- 7.20.3** Benennung des Vertreters für den Vorstand
- 7.21** Wahl für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse Vorpommern
- 7.21.1** Wahl der Mitglieder und Vertreter in die Verbandsversammlung
- 7.21.2** Benennung eines stellvertretenden weiteren Mitglieds in den Verwaltungsrat der Sparkasse Vorpommern
- 7.22** Wahl für die Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindetages MV
- 7.22.1** Wahl der Delegierten und Stellvertreter für die Mitgliederversammlung
- 7.23** Wahl für den Kommunalen Arbeitgeberverband MV e.V.
- 7.23.1** Wahl des ordentlichen Mitgliedes für den Hauptausschuss des Kommunalen Arbeitgeberverbandes MV e.V.

- 7.24** Wahl des Umlegungsausschusses
- 7.24.1** Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Umlegungsausschusses
- 8** Einwohnerfragestunde
- 9** Anfragen
- 10** Anträge
- 10.1** Sachantrag
zum Einbringen des Haushaltsplanentwurfs 2015 in die Bürgerschaft
Einreicher: CDU-Fraktion
Vorlage: AN 0076/2014
- 10.2** Sachantrag
zur Erarbeitung eines Doppelhaushaltes
Einreicher: CDU-Fraktion
Vorlage: AN 0077/2014
- 10.3** Sachantrag
Multifunktionales Leichtathletikstadion
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund
Vorlage: AN 0078/2014
- 10.4** Sachantrag
zur Überprüfung auf Mitgliedschaft beim MfS
Einreicher: CDU-Fraktion
Vorlage: AN 0103/2014
- 11** Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses und des Oberbürgermeisters
- 12** Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung
- 13** Behandlung von Vorlagen
- 13.1** Vorlage B 0033/2014
Bebauungsplan Nr. 62 "Wohngebiet am Hohen Ufer, Andershof" Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: B 0033/2014
- 13.2** Vorlage B 0037/2014
11. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund für die Teilfläche der ehemaligen Bereitschaftspolizei an der Greifswalder Chaussee Abwägungs- und Feststellungsbeschluss
Vorlage: B 0037/2014
- 14** Verschiedenes
- 15** Ausschluss der Öffentlichkeit, Eintritt in den nichtöffentlichen Teil

16 Behandlung der nichtöffentlichen Angelegenheiten

22 Schluss der Sitzung

zu 1 Begrüßung durch den bisherigen Präsidenten

Der bisherige Präsident der Bürgerschaft Herr Zimmer begrüßt die Mitglieder der neugewählten Bürgerschaft, die Senatoren, die Amtsleiter, die Mitarbeiter der Verwaltung und Fraktionen, sowie die anwesenden Stralsunder Bürger und Gäste zur konstituierenden Sitzung der Bürgerschaft und damit zum Beginn der 6. Wahlperiode seit 1990.

Den Mitgliedern der Bürgerschaft, die nun die Geschichte der Hansestadt Stralsund für die kommenden 5 Jahre bestimmen werden, gratuliert er zur Wahl.

An dieser Stelle dankt Herr Zimmer dem Gemeindevorstand Herrn Gawoehns und seinem Team sowie allen ehrenamtlichen Wahlhelfern für das gute Gelingen der Kommunalwahl am 25.05.2014.

Gleichzeitig dankt er auch den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Büros des Präsidenten für die Vorbereitung dieser konstituierenden Sitzung, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die künftige Zusammenarbeit mit der Bürgerschaft sowie den zukünftigen sachkundigen Bürgern für ihr Engagement in den Fachausschüssen.

Für das Wirken in der Kommunalpolitik wünscht er den Bürgerschaftsmitgliedern stets beste Erfolge und eine glückliche Hand zum Wohle der Hansestadt und hofft, dass man gerade bei unterschiedlichen Ansichten sachlich, fair und kompromissbereit miteinander umgeht.

Damit beendet Herr Zimmer seine letzte Amtshandlung und bittet das an Lebensjahren älteste Mitglied der Bürgerschaft, Herrn Manfred Butter, um die Eröffnung der Sitzung.

zu 2 Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung; Feststellung der Beschlussfähigkeit

Nach Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung gibt Herr Butter bekannt, dass von 43 Bürgerschaftsmitgliedern zu Beginn der Sitzung 40 Bürgerschaftsmitglieder anwesend sind.

zu 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung

Herr Butter informiert insbesondere die neugewählten Bürgerschaftsmitglieder, dass nur Änderungsanträge zu dringenden Angelegenheiten eingereicht werden dürfen, welche nicht bis zur nächsten Sitzung verschoben werden können. Einreichen können diese Anträge die Mitglieder der Bürgerschaft und der Oberbürgermeister.

Herr Butter gibt bekannt, dass ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "zur Lage des Theaters" vorliegt.

Frau Kindler begründet die Dringlichkeit des Antrages.

Herr Westphal widerspricht der Dringlichkeit und begründet dies ausführlich.

Frau Kindler hält eine Information der Bürgerschaft für angemessen.

Herr Bauschke verweist auf eine Information, dass der Oberbürgermeister während der Sitzung entsprechende Mitteilungen geben wird, daher wird eine Dringlichkeit ebenfalls nicht gesehen.

Anhand des Wahlergebnisses setzt sich die neue Bürgerschaft somit wie folgt zusammen

CDU	mit	14 Sitzen bei	33,4 % der Stimmen
SPD	mit	6 Sitzen bei	14,1 % der Stimmen
Bürger für Stralsund	mit	6 Sitzen bei	13,7 % der Stimmen
Linke offene Liste	mit	5 Sitzen bei	11,3 % der Stimmen
B 90/Die Grünen	mit	5 Sitzen bei	10,5 % der Stimmen
Adomeit	mit	2 Sitzen bei	5,7 % der Stimmen
AfD	mit	2 Sitzen bei	5,1 % der Stimmen
NPD	mit	1 Sitz bei	2,7 % der Stimmen
FDP	mit	1 Sitz bei	2,2 % der Stimmen
Piraten	mit	1 Sitz bei	1,3 % der Stimmen

Anschließend gibt Herr Butter folgende persönliche Worte:

"Zu den statistischen Darstellungen des Kommunalwahlergebnisses möchte ich einige Bemerkungen machen:

Wir sollten unsere gemeinsame Arbeit mit einer kommunalpolitischen Bestandsaufnahme zum Ergebnis der Bürgerschaftswahl beginnen. Und das ist das Abschneiden der demokratischen Parteien und Wählergruppen, wie bereits in der Berichterstattung genannt.

Zur Kommunalwahl in Stralsund:

Zunächst geht es um die viel zu geringe Wahlbeteiligung der Stralsunder Bürger von nur 37,07 %, während sie bei der Wahl 2009 noch 39,6 % betrug. Das sind fast 2 von 3 Wahlberechtigten, die nicht gewählt haben. Die überwältigende Mehrheit der Stralsunder Bürger hat kein Interesse zur Bürgerschaft und ihren Mandatsträgern. Das ist schlimm! Wir sollten gar nicht erst versuchen, dieses Wahlergebnis klein zu reden, mit dem Hinweis darauf, dass es ja anderswo auch nicht viel anders aussieht. Auf keinen Fall sollten wir uns selbstzufrieden zurücklehnen und erklären: Gewählt ist gewählt! Wir haben unsere erforderlichen Prozente eingeholt. Das wäre zynisch und egoistisch zugleich. Kommunalpolitisch sollten wir das Wahlergebnis als das bezeichnen, was es ist - als ein Debakel. Wir sollten zu dieser Einschätzung stehen. Nur so kommen wir an dessen Gründe heran, die wir aufklären sollten, um weitere Wiederholungen zu vermeiden. Es geht um die Frage, weshalb die meisten Bürger gewählt haben, indem sie nicht gewählt haben. Das darf uns nicht gleichgültig sein. Um das Recht, sich frei zu äußern, um frei zu wählen wurden viele Schlachten geschlagen. Und trotzdem diese drastische Nichtfolgerung. Das ist eine Quittung, die mir sagt: es ist etwas faul. Nicht erklärt wird dabei im Staate Deutschland, in der Stadt, in beiden und was eigentlich ist faul? Wir sollten schon versuchen, die Antworten auf solche Fragen ungeschminkt zu bekommen, um besser als bisher reagieren zu können. Auch deshalb, weil die erheblichen Gefahren für die demokratische Gesellschaft nicht leicht genommen werden sollte. die solchen Verweigerungen in sich bergen, wenn sie mehrheitlich sind. Das ist leider der Fall und es ist auch persönlich nicht sehr angenehm, zu wissen und zu spüren, den meisten Stralsundern ist es völlig egal, ob wir hier sitzen oder nicht. Das Beste an diesem Bruch ist noch, dass in Stralsund die Gleichung geringe Wahlbeteiligung = Zuwachs für Rechte nicht aufgegangen ist. Man spricht nicht gern über solch ein Debakel. Wir sollten aber schon darüber reden. Wir sollten es nicht verstecken, wie es in der großen Politik üblich ist. Wir sollten es für uns annehmen und darauf eingehen. Vielleicht gelingt es uns damit, mehr Akzeptanz bei der Stralsunder Bevölkerung zu erreichen. Wir leben in einer sehr schönen kulturhistorischen Stadt, die mit dem Titel "Welterbe Stätte" gekürt ist und durch Besuche von Staatspolitikern, bis hin zu George W. Bush, weltweit bekannt wurde. Wir leben in einer Stadt, die durch politische Maßnahmen lebenswert bleibt. Wir als Stadtpolitiker werden in den nächsten 5 Jahren keine leichte Zeit haben. Es werden Entwicklungen auf uns zukommen, auf welche sich die wenigsten von uns, schätze ich, eingestellt haben und um die wir uns nicht herumschwindeln können. Die immer noch hohe Schwelle der Arbeitslosigkeit mit ca. 4.000 betroffenen Frauen und Männern begleitet uns täglich. Die Rettung der Volkswerft erfreut uns

sicher alle. Aber es fehlen weiterhin sicher Arbeitsplätze im industriellen Bereich. Hier braucht es politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lösungen. Wir benötigen eine politische Kultur, mit der unsere Stadt ihre besten Traditionen im neuen Großkreis einbringen kann. Nutzen wir unseren Einfluss und die kreativen Möglichkeiten aller Bürgerinnen und Bürger sowie die finanziellen Reserven mit sensibler Hand, um neue Chancen für eine lebenswürdige Gemeinschaft zu erschließen. Die Menschen erwarten von uns als Bürgerschaft, dass wir Mittel und Wege finden, ihre Probleme zu lösen. Die Vorstellungen dazu mögen auseinanderklaffen. Lassen Sie uns ruhig darüber streiten. Doch in einem werden wir hoffentlich übereinstimmen: Chauvinismus und Rassismus sollten für immer aus unserer Stadt verbannt bleiben!"

zu 6 Mitteilung durch den Sitzungsleiter (ältestes Bürgerschaftsmitglied) zur Bildung von Fraktionen

Herr Butter gibt mit Bezug auf Vorgenanntes weiter bekannt, dass dem Präsidenten der Bürgerschaft folgende Fraktionsbildungen angezeigt wurden:

- am 28.05.2014 die Fraktion CDU mit dem Fraktionsvorsitzenden Herrn Dr. Zabel sowie den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Herrn Bauschke, Herrn Lastovka und Frau von Allwörden. Der Fraktion beigetreten ist Herr Pieper von der FDP. Die Fraktion hat 15 Mitglieder.
- am 02.06.2014 die Fraktion der SPD mit dem Fraktionsvorsitzenden Herrn Rickmann. Die Fraktion hat 6 Mitglieder.
- am 02.06.2014 die Fraktion Bürger für Stralsund mit dem Fraktionsvorsitzenden Herrn Philippen. Der Fraktion beigetreten ist Herr Tiede von AfD. Die Fraktion hat 7 Mitglieder.
- am 02.06.2014 die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Fraktionsvorsitzenden Herrn Suhr sowie der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Frau Kindler. Der Fraktion beigetreten ist zudem Herr Smyra von den Piraten. Die Fraktion hat 6 Mitglieder.
- sowie am 02.06.2014 die Fraktion Linke offene Liste mit der Fraktionsvorsitzenden Frau Kühl sowie dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Herrn Jungnickel. Die Fraktion hat 5 Mitglieder.

Es ist im Zusammenhang mit den anstehenden Gremienbesetzungen eine Zählgemeinschaft zwischen der SPD-Fraktion und den Bürgerschaftsmitgliedern Herrn Adomeit und Herrn Riedel dem Büro des Präsidenten der Bürgerschaft angezeigt worden.

Herr Butter setzt die Bürgerschaftsmitglieder darüber in Kenntnis, dass für den Fall einer geheimen Wahl für den Präsidenten/der Präsidentin bzw. für die Gremien das Präsidium in Vorbereitung dieser Sitzung übereingekommen ist, die Aufgaben des Wahlvorstandes durch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Büros des Präsidenten der Bürgerschaft wahrnehmen zu lassen. Herr Butter geht davon aus, dass dies die Zustimmung der Bürgerschaft findet.

Er gibt bekannt, dass für den Fall einer solchen geheimen Wahl die Wahlhandlung in der Ratsstube durchgeführt wird. Nach namentlichem Aufruf begeben sich die Mitglieder der Bürgerschaft in die Ratsstube, in der vier Wahlkabinen sowie die Wahlurne aufgestellt sind. Es ist zu beachten, dass nur die ausgelegten Stifte zu nutzen sind. Die Auszählung der Stimmen erfolgt nach erfolgter geheimer Wahl ebenfalls in der Ratsstube durch den Wahlvorstand, das Ergebnis wird durch den Sitzungsleiter bekannt gegeben.

Sofern im Zusammenhang mit den Wahlen eine Losentscheidung erforderlich wird, gibt Herr Butter bekannt, dass diese Handlung an den Präsidiumsplätzen vollzogen wird. Die Lose werden nach § 32 Absatz 1 KV MV durch den Präsidenten gezogen.

zu TOP 5.0 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Dr. Badrow gratuliert allen Mitgliedern der Bürgerschaft zur Wahl und äußert den Wunsch für eine gute Zusammenarbeit, um möglichst viele positive Ergebnisse für die Hansestadt Stralsund zu erzielen. In der vergangenen Bürgerschaft ist dies erreicht worden. Die Ergebnisse sind in der Stadt zu sehen. Herr Dr. Badrow geht auf die niedrige Wahlbeteiligung in der Stadt ein und räumt den Einwohnern auch das Recht ein, nicht zu wählen. Vermutlich kann nicht immer transparent gemacht werden, welche Aufgaben die Bürgerschaft bzw. die Stadt leistet.

Zum Thema Theater berichtet Herr Dr. Badrow zu einem vorliegenden Gutachten, welches dem Stralsunder Theater gute Rahmenbedingungen bescheinigt. Was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass die Mitarbeiter des Theaters Verzicht geübt haben. Im Gegensatz zu anderen Standorten wurde im Bereich des Gehaltes verzichtet, um die Theaterarbeit in Ruhe fortsetzen zu können. Diese Ruhe scheint nun vorbei. Herr Dr. Badrow spricht sich dafür aus, dass diese Ruhe unbedingt wieder Einkehr halten muss, um gute Arbeit zu leisten. Nach Auffassung von Herrn Dr. Badrow wird man in den künftigen Jahren mit den vorhandenen Mittel finanziell nicht mehr auskommen, so dass großer Handlungsbedarf besteht. Das Gutachten des Landes zeigt den groben Rahmen auf, was in einem fusionierten Haus geschieht. Es werden Personalangelegenheiten begutachtet, über die zu reden sein wird. Das Land hat leider nicht als erstes mit den entsprechenden Gesellschaftern gesprochen, sondern neben dem Landtag wurden die Medien informiert, womit die Stimmung sofort kippte. Aus Sicht des Oberbürgermeisters hätte dieses Gutachten nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden dürfen, da damit unnötige Diskussionen und Ängste herbeigeführt wurden. Das Gutachten kann nach Auffassung des Oberbürgermeisters nicht umgesetzt werden. Es ist lediglich eine Grundlage für weitere Beratungen.

zu 7 Anträge

zu 7.1 Wahl der Präsidentin/ des Präsidenten der Bürgerschaft

Es liegt ein Antrag der CDU/FDP-Fraktion vor, Herrn Peter Paul zum Präsidenten der Stralsunder Bürgerschaft zu wählen.

Ohne Wortmeldungen stellt Herr Butter den Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Peter Paul wird zum Präsidenten der Stralsunder Bürgerschaft gewählt.

Ja 41 Nein 0 Enthaltung 1
mehrheitlich beschlossen
2014-VI-01-0003 41 Zustimmungen
0 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltung

Herr Dr. Zabel berichtet, dass Herr Paul bereits seit 1994 als sachkundiger Einwohner für die Bürgerschaft tätig ist, seit 1999 ist er Mitglied der Bürgerschaft. Er war bereits in verschiedenen Ausschüssen tätig. Er vertritt die Werte der CDU und hat auch die Fähigkeit, überparteilich Beurteilungen und Einschätzungen zu treffen. Daher hielt die CDU/FDP-Fraktion ihn für sehr geeignet, das Amt des Präsidenten wahrzunehmen.

zu 7.1.1 Verpflichtung der Präsidentin/ des Präsidenten

Gemäß § 28 Abs. 2 Satz 2 der KV M-V verpflichtet Herr Butter Herrn Paul als neuen Präsidenten der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund auf gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten durch Handschlag. Er übergibt die weitere Leitung der Sitzung dem neuen Präsidenten der Bürgerschaft.

Herr Paul teilt mit, dass er die Wahl annimmt. Er dankt den Wählern und der Bürgerschaft für das ausgesprochene Vertrauen und versichert diese hohe Funktion nach bestem Wissen und Gewissen mit den Mitgliedern der Bürgerschaft gemeinsam mit großem Engagement zum Wohle der Stadt zu erfüllen.

zu 7.1.2 Verpflichtung der Bürgerschaftsmitglieder

Herr Paul verpflichtet alle Bürgerschaftsmitglieder gemäß § 28 Abs. 2 Satz 3 KV M-V durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten.

zu 7.2 Sachanträge zur Änderung der Hauptsatzung

zu 7.2.1 Sachantrag zur 4. Änderungssatzung zur Hauptsatzung Einreicher: SPD-Fraktion

Herr Rickmann begründet den Antrag der SPD-Fraktion zur Erweiterung des Präsidiums damit, dass alle Fraktionen im Präsidium vertreten sein sollten.

Herr Arendt spricht sich gegen den Antrag aus und führt die damit verbundenen erhöhten Kosten an.

Herr Bauschke führt aus, dass die CDU/FDP-Fraktion den vorliegenden Antrag ebenfalls ablehnen wird und stattdessen mit dem folgenden Antrag eine Reduzierung der Präsidiumsmitglieder vorschlägt.

Herr Paul lässt über den vorliegenden Antrag wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die 4. Änderungssatzung zur Hauptsatzung gemäß Anlage

Ja 14 Nein 29 Enthaltung 0 Befangen 0
zur Kenntnis genommen

14 Zustimmungen
29 Gegenstimmen
0 Stimmenthaltungen

Der Antrag ist damit abgelehnt

**zu 7.2.2 Sachantrag zur Änderung der Hauptsatzung
Einreicher: CDU-Fraktion**

Ohne Wortmeldungen stellt der Präsident folgenden Antrag zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die 3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung entsprechend der Anlage.

Ja 29
mehrheitlich beschlossen
2014-VI-01-0004 Mit 29 Zustimmungen ist die Mehrheit aller Gemeindevertreter gegeben.

Mit dieser Beschlussfassung entfällt der Tagesordnungspunkt 6.5.

zu 7.3 Wahl des 1. Stellvertreters der Präsidentin/ des Präsidenten der Bürgerschaft

Es liegt ein Antrag der Fraktion BfS/AfD zur Wahl von Herrn Thomas Schulz vor.

Herr Arendt beantragt die Durchführung einer geheimen Wahl.

Nach Durchführung der geheimen Wahl gibt Herr Paul das Stimmergebnis zu folgendem Beschluss bekannt:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:
Herr Thomas Schulz wird als 1. Stellvertreter des Präsidenten gewählt.

Ja 33 Nein 8 Enthaltung 0 Befangen 0
mehrheitlich beschlossen
2014-VI-01-0005 33 Zustimmungen
8 Gegenstimmen
0 Stimmenthaltungen

zu 7.4 Wahl des 2. Stellvertreters der Präsidentin/ des Präsidenten der Bürgerschaft

Dem Präsidium liegen drei Anträge zur Wahl von Frau Claudia Müller (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Frau Ute Bartel (SPD-Fraktion), Frau Maria Quintana Schmidt (Fraktion Linke offene Liste)

Herr Suhr beantragt die Durchführung einer geheimen Wahl.

Nach Durchführung der geheimen Wahl gibt Herr Paul das Stimmergebnis wie folgt bekannt:

Frau Claudia Müller	7	
Frau Ute Bartel	9	
Frau Maria Quintana Schmidt	25	
ungültig		1

Damit ist folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Frau Maria Quintana Schmidt wird als 2. Stellvertreterin des Präsidenten gewählt.

Ja 25
mehrheitlich beschlossen
2014-VI-01-0006

zu 7.5 Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums

Der TOP entfällt gem. TOP 6.2.2

zur Kenntnis genommen

zu 7.6 Änderung der Hauptsatzung/ Geschäftsordnung

zu 7.6.1 Sachantrag zur Änderung der Hauptsatzung Einreicher: Bündnis 90/ Die Grünen

Herr Dr. v. Bosse begründet ausführlich den Antrag.

Herr Adomeit stellt einen Änderungsantrag zur Verkürzung der Zeit für die Einwohnerfragestunde auf 30 Minuten. Im weiteren begründet er den Änderungsantrag.

Im Verlauf der folgenden Diskussion beantragt Herr Suhr eine Auszeit zur Beratung der Antragseinreicher zum Thema Einwohnerfragestunde

Auszeit: 15:40 Uhr bis 15:48 Uhr

Nach erneuter Beratung teilt Herr Suhr mit, dass die durch die Wählergruppe Adomeit beantragten Änderungen in den Ursprungsantrag eingearbeitet werden und somit der wie folgt geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt wird.

1. Absatz:

„§ 4 (2) 4 wird gestrichen und ersetzt durch:

„4. sofern sie das 14. Lebensjahr... Die Einwohnerfragestunde soll bis zu **30 Minuten** dauern....“

4. Absatz

„Bei einer kurzfristigeren **möglichen** Einreichung, möglich...“

Der Präsident lässt den geänderten Antrag wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Änderung der Hauptsatzung gemäß Änderungssatzung laut Anlage.

Ja 20 Nein 20
zur Kenntnis genommen
20 Zustimmungen
20 Gegenstimmen
0 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

**zu 7.6.2 Sachantrag
zur 3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung
Einreicher: SPD-Fraktion**

Herr Lastovka teilt die Auffassung der CDU/FDP-Fraktion mit, dass die Themen Ordnung und Sicherheit im Ausschuss für Bau, Umwelt, Ordnung und Stadtentwicklung korrekt verankert sind, da besonders bei der Verkehrs- und Bauleitplanung diese Themen eine bedeutende Rolle spielen. Der Ausschuss für Familie und Gleichstellung kann sich auch ohne Hauptsatzungsänderung mit diesen Themen befassen.

Herr Rickmann erläutert den vorliegenden Antrag ausführlich.

Herr Paul stellt den Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft beschließt die 3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung gemäß Anlage.

Ja 19

zur Kenntnis genommen

Mit 19 Zustimmungen ist der Antrag abgelehnt, da das Mehrheitserfordernis von mindestens 22 Ja-Stimmen nicht erreicht ist.

zu 7.6.2.1 Änderung der Hauptsatzung

Herr Bauschke begründet den vorliegenden Antrag, den bisherigen Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport um den Bereich Hochschule zu ergänzen, ausführlich.

Frau Bartel regt an, die Fachhochschule nicht expliziert aufzuführen, sondern sie dem Bereich Bildung zuzuordnen.

Herr Adomeit ergänzt, dass nicht nur die Fachhochschule aufgenommen werden sollte, sondern der Bereich Bildung alle Schulen erfassen sollte.

Der Präsident lässt über den vorliegenden Änderungsantrag wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die 4. Änderung der Hauptsatzung gemäß Änderungssatzung laut Anlage.

mehrheitlich beschlossen

2014-VI-01-0016 Mit der Mehrheit aller Gemeindevertreter wird dem Antrag zugestimmt.

zu 7.6.3 Sachantrag zur 5. Änderungssatzung zur Hauptsatzung Einreicher: SPD-Fraktion

Frau Lewing informiert zur Auffassung der CDU/FDP-Fraktion, dass der Antrag abgelehnt werden sollte, da das Thema Jugendarbeit mit der Kreisgebietsreform an den Landkreis abgegeben wurde.

Frau Kindler stellt folgenden Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

"§11 (2) Nr. 6 wird ersetzt durch:

Ausschuss für Familie, Kinder, Jugend und Gleichstellung

für die Gleichstellung von Mann und Frau, für Frauen und Familie, Ausländerangelegenheiten, Behindertenangelegenheiten, soziale Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, Kinder- und Jugendangelegenheiten des eigenen Wirkungskreises sowie Seniorenförderung"

Herr Rickmann begründet den durch die SPD-Fraktion vorgelegten Antrag, teilt jedoch gleichzeitig mit, dass die Änderung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingearbeitet werden könnte.

Herr Arendt spricht sich gegen eine Beschlussfassung dieser Angelegenheit aus und führt die anfallenden Kosten für die Hansestadt an. Er verweist darauf, dass der Ausschuss für Familie und Gleichstellung die Thematik Jugendarbeit im Bereich Familie bearbeiten sollte.

Herr Dr. Zabel teilt mit, dass mit einer Beschlussfassung dem Wähler suggeriert wird, dass mit der Bildung des Ausschusses ein großer Spielraum für Entscheidungen möglich wäre, was jedoch ausschließlich im Jugendhilfeausschuss im Kreistag gegeben ist. Jeder sollte sich für die Behandlung solcher Themen an seinen entsprechenden Vertreter wenden und dort beraten lassen. Daher sollte keine Zustimmung zu den Anträgen erfolgen.

Auch Herr Jungnickel kann den Anträgen nicht zustimmen und regt an, dann die Aufgaben der Jugendarbeit wieder in Verantwortung der Hansestadt Stralsund zu bearbeiten. Diese Zuständigkeiten sollten zunächst geklärt sein.

Herr Suhr erläutert das Anliegen der Anträge, der Jugendarbeit auch für die Stadt eine entsprechende Bedeutung einzuräumen.

Herr Paul stellt den vorgenannten Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wie folgt zur Abstimmung:

Abstimmung: Mit der Mehrheit aller Gemeindevertreter abgelehnt

Anschließend stellt Herr Paul den Antrag der SPD-Fraktion wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft beschließt die 5. Änderungssatzung zur Hauptsatzung gemäß Anlage.

zur Kenntnis genommen

Mit der Mehrheit aller Gemeindevertreter abgelehnt

**zu 7.6.4 Sachantrag
zur Änderung der Hauptsatzung
Einreicher: Fraktion BfS**

Herr Suhr erfragt den Grund für eine Verdopplung der Sitzungsgelder. Er spricht an, dass dem Antrag keine Deckungsquelle zu entnehmen ist und verweist gleichzeitig auf die anstehende Beratung zum Haushaltssicherungskonzept. Durch Herrn Suhr wird eine Beanstandung eines möglichen Beschlusses durch den Oberbürgermeister angeregt.

Herr Haack begründet den vorliegenden Antrag ausführlich.

Herr Dr. v. Bosse spricht sich gegen eine Beschlussfassung des Antrages aus.

Herr Arendt teilt mit, dass er dem Antrag ebenfalls nicht zustimmen kann. Er regt an, die erforderlichen Gelder in Projekte für Kinder und Jugendliche zu investieren.

Der Präsident stellt den Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die 5. Änderung der Hauptsatzung gemäß Änderungssatzung laut Anlage.

Ja 27 Nein 13 Enthaltung 1 Befangen 0
mehrheitlich beschlossen
2014-VI-01-0017 27 Zustimmungen
13 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltung

Damit ist dem Antrag mit der Mehrheit aller Gemeindevertreter zugestimmt.

**zu 7.6.5 Sachantrag
zur Änderung der Geschäftsordnung
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen**

Frau Fechner begründet den vorliegenden Antrag ausführlich.

Herr Dr. Zabel spricht sich im Namen der CDU/FDP-Fraktion gegen eine Beschlussfassung des Antrages aus.

Herr Suhr beantragt eine Einzelabstimmung der im Antrag genannten Punkte.

Herr Haack verweist auf die Probleme der Antragsumsetzung und spricht sich gegen eine Beschlussfassung des Antrages aus.

Herr Paul stellt die Änderung des § 4 Absatz 3 zur Abstimmung:

In Satz 1 werden die Worte „Bis 09:00 Uhr“ gestrichen und durch die Worte „bis 10:00 Uhr“ ersetzt.

Abstimmung: Mit der Mehrheit aller Gemeindevertreter abgelehnt

Der Präsident stellt die Änderung des § 7 Absatz 2 wie folgt zur Abstimmung:

Satz 5 wird gestrichen und durch folgenden Satz ersetzt: Auf Antrag des Einreichers, einer Fraktion oder einem Viertel der Bürgerschaft findet eine Aussprache statt.

Abstimmung: Mit der Mehrheit aller Gemeindevertreter abgelehnt

Der Präsident stellt die Änderung des § 9 wie folgt zur Abstimmung:

Aus Punkt 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung wird Einwohnerfragestunde. Die bisherigen Punkte 2 bis 7 werden zu 3 bis 8.

Abstimmung: Mit der Mehrheit aller Gemeindevertreter abgelehnt

zur Kenntnis genommen

Pause: 16:25 Uhr bis 16:35 Uhr

zu 7.7 Wahl des Prüfungsausschusses

zu 7.7.1 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Wahlprüfungsausschusses

s. TOP 3

zur Kenntnis genommen

zu 7.8 Wahl des Hauptausschusses

zu 7.8.1 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Hauptausschusses

Herr Adomeit beantragt die Durchführung einer geheimen Wahl.

Nach Durchführung der geheimen Wahl gibt der Präsident das Wahlergebnis wie folgt bekannt:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Als Mitglieder und Stellvertreter in den Hauptausschuss werden gewählt:

Mitglieder

Fraktion CDU/FDP

1. Herr Stefan Bauschke
2. Herr Christian Meier
3. Herr Hendrik Lastovka
4. Frau Ann Christin von Allwörden

Fraktion BfS/AfD

1. Herr Michael Philippen

Zählgemeinschaft SPD Fraktion mit Michael Adomeit und Gerd Riedel

1. Niklas Rickmann
2. Frau Ute Bartel

Westphal

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Frau Anett Kindler

Fraktion Linke offene Liste

1. Herr Uwe Jungnickel

Stellvertreter

1. Herr Harald Ihlo
2. Frau Susanne Lewing
3. Herr Maximilian Schwarz
4. Herr Andre Meißner

1. Herr Thomas Haack

2. Frau Kerstin Chill
3. Herr Thomas Schulz
4. Herr Maik Hofmann

1. Frau Dr. Heike Carstensen

2. Herr Peter van Slooten
3. Frau Sonja Steffen
4. Herr Hans-Walter

1. Herr Dr. Arnold v. Bosse
2. Frau Friederike Fechner
3. Herr Friedrich Smyra
4. Herr Jürgen Suhr

1. Frau Andrea Kühl

mehrheitlich beschlossen
2014-VI-01-0007

zu 7.9 Wahl des Ausschusses für Finanzen und Vergabe

zu 7.9.1 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Finanzen und Vergabe

s. TOP 3

zur Kenntnis genommen

zu 7.10 Wahl des Ausschusses für Wirtschaft und Gesellschafteraufgaben

zu 7.10.1 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Wirtschaft und Gesellschafteraufgaben

s. TOP 3

zur Kenntnis genommen

zu 7.11 Wahl des Ausschusses für Bau, Umwelt, Ordnung und Stadtentwicklung

zu 7.11.1 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Bau, Umwelt, Ordnung und Stadtentwicklung

s. TOP 3

zur Kenntnis genommen

zu 7.12 Wahl des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport

zu 7.12.1 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport

s. TOP 3

zur Kenntnis genommen

zu 7.13 Wahl des Ausschusses für Familie und Gleichstellung

zu 7.13.1 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Familie und Gleichstellung

s. TOP 3

zur Kenntnis genommen

zu 7.14 Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses

zu 7.14.1 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Rechnungsprüfungsausschusses

s. TOP 3

zur Kenntnis genommen

zu 7.15 Wahl des Stadtkleingartenausschusses

zu 7.15.1 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Stadtkleingartenausschusses

s. TOP 3

zur Kenntnis genommen

zu 7.16 Wahl des Betriebsausschusses

zu 7.16.1 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Betriebsausschusses

s. TOP 3

zur Kenntnis genommen

zu 7.17 Wahl des Ausschusses für Patientenangelegenheiten

zu 7.17.1 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Patientenangelegenheiten

s. TOP 3

zur Kenntnis genommen

zu 7.18 Wahl des Ausschusses für Jugendarbeit

s. TOP 6.2.2

zu 7.18.1 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Jugendarbeit

s. TOP 6.2.2

zur Kenntnis genommen

zu 7.19 Wahl für die Verbandsversammlung des Studieninstitutes für kommunale Verwaltung Vorpommern

zu 7.19.1 Wahl des weiteren Vertretes und Stellvertreters für die Verbandsversammlung

Ohne Wortmeldungen stellt Herr Paul den Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Klaus Gawoehns wird als weiterer Vertreter der Hansestadt Stralsund sowie Herr Mirko Wäscher als Stellvertreter des weiteren Vertreters der Hansestadt Stralsund in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Kommunales Studieninstitut Mecklenburg-Vorpommern gewählt.

mehrheitlich beschlossen

2014-VI-01-0008 Mehrheitlich zugestimmt

zu 7.20 Wahl für die Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Vorpommern

zu 7.20.1 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter für die Verbandsversammlung

s. TOP 3

zur Kenntnis genommen

zu 7.20.2 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Planungsausschusses

s. TOP 3

zur Kenntnis genommen

zu 7.20.3 Benennung des Vertreters für den Vorstand

s. TOP 3

zur Kenntnis genommen

zu 7.21 Wahl für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse Vorpommern

zu 7.21.1 Wahl der Mitglieder und Vertreter in die Verbandsversammlung

s. TOP 3

zur Kenntnis genommen

zu 7.21.2 Benennung eines stellvertretenden weiteren Mitglieds in den Verwaltungsrat der Sparkasse Vorpommern

s. TOP 3

zur Kenntnis genommen

zu 7.22 Wahl für die Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindetages MV

zu 7.22.1 Wahl der Delegierten und Stellvertreter für die Mitgliederversammlung

s. TOP 3

zur Kenntnis genommen

zu 7.23 Wahl für den Kommunalen Arbeitgeberverband MV e.V.

zu 7.23.1 Wahl des ordentlichen Mitgliedes für den Hauptausschuss des Kommunalen Arbeitgeberverbandes MV e.V.

Ohne Wortmeldungen stellt der Präsident wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Als Kandidat für den Hauptausschuss des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Mecklenburg-Vorpommern e.V. wird für die Geschäftsjahre 2015 - 2019 Herr Klaus Gawoehns benannt.

mehrheitlich beschlossen
2014-VI-01-0009 Mehrheitlich zugestimmt

zu 7.24 Wahl des Umlegungsausschusses

zu 7.24.1 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Umlegungsausschusses

s. TOP 3

zur Kenntnis genommen

zu 8 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen zur Beantwortung vor.

zu 9 Anfragen

zu 10 Anträge

**zu 10.1 Sachantrag
zum Einbringen des Haushaltsplanentwurfs 2015 in die Bürgerschaft
Einreicher: CDU-Fraktion
Vorlage: AN 0076/2014**

Herr Bauschke begründet den Antrag ausführlich.

Herr Jungnickel befürwortet im Namen der Fraktion LoL den Antrag.

Herr Westphal beantragt die Beratung des Antrages in den Ausschuss für Finanzen und Vergabe zu verweisen, um die Frage der aktuellen Steuerschätzung zu klären.

Herr Suhr bittet um eine Information der Verwaltung, wann die erforderlichen Daten für die ordnungsgemäße Erstellung des Haushaltes vorliegen.

Herr Albrecht berichtet, dass die Verwaltung gegenwärtig den Haushalt 2015 erarbeitet. Er gibt die Information der Kämmerei weiter, dass eine Beratung ab November 2014 gewährleistet werden kann.

Herr Paul lässt über den Antrag zur Verweisung der Beratung des Antrages in den Ausschuss für Finanzen und Vergabe wie folgt abstimmen:

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

Der Präsident stellt den vorliegenden Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt,

der Haushaltsplanentwurf 2015 mit seinen Anlagen ist spätestens Anfang November diesen Jahres der Bürgerschaft- zeitgleich den Fachausschüssen- vorzulegen, damit die Bürgerschaft noch in der Dezembersitzung die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen beschließen und noch vor Beginn des neuen Jahres der Rechtsaufsichtsbehörde vorlegen kann.

mehrheitlich beschlossen
2014-VI-01-0010 Mehrheitlich zugestimmt

**zu 10.2 Sachantrag
zur Erarbeitung eines Doppelhaushaltes
Einreicher: CDU-Fraktion
Vorlage: AN 0077/2014**

Herr Bauschke begründet den Antrag ausführlich.

Herr Suhr und Herr Jungnickel befürworten eine Beschlussfassung des Antrages.

Herr Westphal beantragt die Beratung des Antrages in den Ausschuss für Finanzen und Vergabe zu verweisen.

Herr Paul lässt über den Antrag zur Verweisung der Beratung des Antrages in den Ausschuss für Finanzen und Vergabe wie folgt abstimmen:

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

Der Präsident stellt den vorliegenden Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt,

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wann erstmalig eine Erstellung eines Doppelhaushaltes machbar ist.

mehrheitlich beschlossen
2014-VI-01-0011 Mehrheitlich zugestimmt

zu 10.3 Sachantrag
Multifunktionales Leichtathletikstadion
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund
Vorlage: AN 0078/2014

Herr Adomeit erfragt, ob der Standort an der Kupfermühle weiter zur Debatte steht.

Herr Philippen spricht sich für eine umfassende Beratung aus, um das bestmögliche Ergebnis für den Sport in der Stadt zu erzielen. Er macht auf die derzeitige prekäre Situation im Sportbereich aufmerksam.

Herr Suhr erfragt, ob die Verwaltung die betroffenen Sportvereine nicht ohnehin einbezieht.

Herr Albrecht erklärt, dass selbstverständlich die Vereine einbezogen werden.

Herr Haack erläutert, dass die Zusammenarbeit mit den Vereinen noch enger sein könnte. Anschließend begründet Herr Haack den Antrag ausführlich.

Herr Dr. Zabel bittet um Ergänzung des Antrages um die Worte "...**noch mehr** zu beteiligen sind."

Der Antragseinreicher stimmt der genannten Änderung zu.

Herr Paul stellt den geänderten Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dass bei der Gestaltung und Planung des Multifunktionalen Leichtathletikstadions die betroffenen Sportvereine der Hansestadt Stralsund noch mehr zu beteiligen sind.

mehrheitlich beschlossen
2014-VI-01-0012 Mehrheitlich zugestimmt

**zu 10.4 Sachantrag
zur Überprüfung auf Mitgliedschaft beim MfS
Einreicher: CDU-Fraktion
Vorlage: AN 0103/2014**

Herr Ihlo beantragt für den Einreicher, die CDU/FDP-Fraktion, die Streichung des Satzes "Das gilt, soweit die Rechtsgrundlage dafür gegeben ist, auch für die Beschäftigten der städtischen Gesellschaften."

Weiter begründet Herr Ihlo den Antrag ausführlich.

Herr Arendt spricht sich für eine Beschlussfassung des Antrages aus, stellt jedoch auch die Konsequenzen des Beschlusses in Frage.

Frau Bartel erfragt zum vorliegenden Antrag, ob das Alter "35. Lebensjahr" bestehen bleiben soll. Sie verweist diesbezüglich auf den vorliegenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion.

Herrn Hofmann interessiert, ob bereits erfolgte Überprüfungen angerechnet werden oder ob generell alle Mitglieder erneut überprüft werden.

Herr Paul erklärt, dass sich immer wieder neue Erkenntnisse ergeben können, so dass alle Mitglieder überprüft werden.

Herr Jungnickel macht darauf aufmerksam, dass der vorliegende Antrag geltendem Recht widerspricht. Das Alter sollte heraufgesetzt werden. Ebenfalls ist gesetzlich geregelt, dass Beschäftigte der Stadtverwaltung und der Eigenbetriebe ggf. nur bei begründetem Verdacht überprüft werden; auch sachkundige Einwohner sind nicht zu überprüfen.

Herr Dr. Zabel teilt im Namen der CDU/FDP-Fraktion mit, dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion gefolgt werden kann und dass das Alter auf das 43. Lebensjahr heraufgesetzt wird. Er erklärt, dass bekannt ist, dass die Überprüfung auf Freiwilligkeit basiert.

Herr Paul lässt über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt,

Die Mitglieder der Bürgerschaft sowie die in die Ausschlüsse entsandten sachkundigen Einwohner ab dem 43. Lebensjahr werden nochmals hinsichtlich einer Tätigkeit für das frühere MfS/ AfNS überprüft.

mehrheitlich beschlossen
2014-VI-01-0013 Mehrheitlich zugestimmt

**zu 11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses
und des Oberbürgermeisters**

zu 12 Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung

zu 13 Behandlung von Vorlagen

**zu 13.1 Vorlage B 0033/2014
Bebauungsplan Nr. 62 "Wohngebiet am Hohen Ufer, Andershof" Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: B 0033/2014**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

1. Die in der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange geäußerten Anregungen werden gemäß der Anlage 2 abgewogen.

2. Auf Grund des § 10 des Baugesetzbuches gemäß der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414 geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548) sowie nach § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg- Vorpommern vom 18. April 2006 (GVOBl. M- V S. 102) geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 20. Mai 2011 (GVOBl. M-V S. 323) wird der Bebauungsplan Nr. 62 "Wohngebiet am Hohen Ufer, Andershof" für das im Stadtgebiet Süd, Stadtteil Andershof, nordöstlich der Greifswalder Chaussee, zwischen dem Wasser- und Schifffahrtsamt und dem Straßenbauamt, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) sowie die Satzung über die örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom März 2014 als Satzung beschlossen. Die beiliegende Begründung mit Umweltbericht vom März 2014 wird gebilligt.

Ja 38 Nein 0 Enthaltung 3
mehrheitlich beschlossen
2014-VI-01-0014 38 Zustimmungen
0 Gegenstimmen
3 Stimmenthaltungen

**zu 13.2 Vorlage B 0037/2014
11. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund für die Teilfläche der ehemaligen Bereitschaftspolizei an der Greifswalder Chaussee Abwägungs- und Feststellungsbeschluss
Vorlage: B 0037/2014**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Die während der Beteiligungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, der Öffentlichkeit sowie während der öffentlichen Auslegung geäußerten Anregungen und Hinweise zur 11. Änderung des Flächennutzungsplanes werden entsprechend Anlage 2 abgewogen.

2. Die 11. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund mit Begründung in der Fassung vom März 2014 für die im Stadtteil Andershof an der Greifswalder Chaussee gelegene Teilfläche der ehemaligen Bereitschaftspolizei wird festgestellt.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die 11. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Begründung dem Landkreis Vorpommern- Rügen zur Genehmigung gemäß § 6 Abs. 1 Baugesetzbuch vorzulegen.

4. Die Erteilung der Genehmigung ist gemäß § 6 Abs. 5 Baugesetzbuch ortsüblich bekannt zu machen.

mehrheitlich beschlossen
2014-VI-01-0015 Mehrheitlich zugestimmt

zu 14 Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht kein Redebedarf.

zu 15 Ausschluss der Öffentlichkeit, Eintritt in den nichtöffentlichen Teil

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

zu 16 Behandlung der nichtöffentlichen Angelegenheiten

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung besteht kein Redebedarf.

zu 22 Schluss der Sitzung

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Paul, beendet die 01. Bürgerschaftssitzung und dankt für die gute Zusammenarbeit.

gez.
Vorsitz

gez.
Stellvertretender Vorsitz

gez. Birgit König
Protokollführung

